

# Laibacher Zeitung.

Nr. 32.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Rufstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 10. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1869.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. Jänner d. J. den supernumerär beurlaubten Feldmarschall-Lieutenant Leopold Freiherrn v. Edelsheim-Gyulai zum General-Cavalerie-Inspector zu ernennen.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain. VI. Stück. Jahrgang 1869.

Inhalts-Übersicht:

7.

Gesetz,

giltig für das Herzogthum Krain,

wodurch der § 18 der Landtagswahlordnung abgeändert wird.

8.

Gesetz,

giltig für das Herzogthum Krain,

wodurch Bestimmungen für die Fälle erlassen werden, wenn ein Landtagsabgeordneter zu einer Strafe verurtheilt wird oder in strafgerichtlicher Untersuchung sich befindet.

Laibach, den 10. Februar 1869.

Vom k. k. Redactionsbureau des Gesetzblasses für Krain.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die polnische Frage

wird früher als man annehmen zu dürfen glaubte, den Reichsrath beschäftigen. Die Regierung hat dem Ausschusse auf dessen Ersuchen die Resolution des galizischen Landtages mitgetheilt, nachdem ihr die Genugthuung geworden, daß der Ausschuss erklärte, sie sei eigentlich hierzu nicht verpflichtet. Die Regierung hat theoretisch Recht behalten, und die Polen haben, wenn, wie vorauszusehen, das Haus den Antrag des Ausschusses annimmt, das erreicht, was sie wollten, nämlich die Discutirung der Resolution im Reichsrathe.

Der Gang, den die Angelegenheit nun nehmen wird, läßt sich nach der Ansicht Wiener Blätter in kurzem folgendermaßen bezeichnen: Der Ausschuss wird seinem Antrage gemäß von dem Hause beauftragt werden, über den Inhalt der galizischen Resolution, also über die Zulässigkeit der Erweiterung der Landesautonomie Galiziens und über das Maß der Erweiterung Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen. Die Regierung hat durch den Mund des Ministers Giskra erklärt, daß sie keine Scheu trage, in die meritorische Behandlung jener Resolution einzugehen. Es ist demnach zu hoffen, daß das Haus bald in der Lage sein wird, auf Grund des zu erstattenden Ausschussreferates über eine Revision der Verfassung in dem von dem galizischen Landtage angestrebten Sinne zu verhandeln.

Von Wichtigkeit ist es, daß der Verfassungsausschuss sich nicht auf die Erledigung des Biemialkowski'schen Antrages beschränkt hat. Unter stillschweigender Anerkennung des Rechtes der Landtage, Anträge auf Aenderungen der Verfassungs- und anderer Gesetze an den Reichsrath zu stellen, hat er seinem Subcomité gleichzeitig den Auftrag gegeben, darüber zu berathen, was für eine gesetzliche Bestimmung zu treffen sei, um solche Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung im Reichsrathe theilhaftig werden zu lassen. Möge nun aber die Geschäftsordnung des Reichsrathes abgeändert werden oder nicht, in jedem Falle ist damit, daß das Haus die Resolution des galizischen Landtages als solchen zum Gegenstande der Verhandlung macht, ein parlamentarisches Präjudiz geschaffen, dessen maßgebende Wirkungen von größter Bedeutung sein werden. Fortan werden die Pflichten des Parlamentes den von den Landtagen ausgehenden Anträgen auf Aenderung allgemeiner Gesetze geöffnet sein. Zunächst werden wohl die Anträge mehrerer Landtage auf Einführung directer Wahlen in das Abgeordnetenhaus ihren Einzug in dasselbe halten.

### Die Entschädigung des Landes Krain für den incamerirten Provinzialfond.

(Schluß.)

Allerdings behauptet der löbliche Landesauschuss, daß von der Gesamtsumme der vom Staate übernommenen Domesticalschulden ein Betrag von 1,831,353 fl. 45 kr. auszuscheiden sei; das ist jener Betrag, bezüg-

lich dessen die französische Regierung die Gläubiger auf die Renten und Grundzinse der Domänen angewiesen hatte, und der von der österreichischen Regierung, nachdem ihnen diese Bedeckung durch die Domänen-Erträge wieder entzogen worden war, neuerdings der Domesticalschuld einverleibt wurde.

Allein die Transfertenschuld war von der französischen Regierung ganz willkürlich aus der Domesticalschuld ausgeschieden und auf den Staat überwältigt worden. Nun wird gewiß der löbliche Landesauschuss so billig sein, den für das Land aufgestellten Grundsatz, daß es durch die französische Occupation in seinen Eigenthumsverhältnissen nicht bleibend geschmälert werden konnte, und daher alle hieher einschlagenden Akte der französischen Regierung als null und nichtig erscheinen, auch umgekehrt gelten zu lassen und zuzugeben, daß eine Verbesserung dieser Eigenthumsverhältnisse, die auf Kosten eines anderen Rechtsobjekts stattfand und wodurch dieser Andere in seinen Eigenthumsverhältnissen geschmälert wurde, gleichfalls als null und nichtig erscheinen mußte. Dieser Andere war aber der Staat, und so wie der löbliche Landesauschuss ganz richtig voraussetzt, daß der Staat an dem (um bei den Worten des löblichen Landesauschusses zu bleiben) durch die französische Regierung vollzogenen Raube keinen Antheil nehmen wollte, ebenso glaube auch der Staat voraussetzen zu dürfen, daß das Land Krain die von der französischen Regierung zum Schaden des Staates erlassenen Verfügungen nicht zu seinem Vortheile wird ausbeuten wollen.

Die Wiedereinreihung der Transfertenschuld in die Domesticalschuld, deren Theil sie früher gebildet hatte, war daher nichts als eine Wiederherstellung des vorigen Zustandes, gegen den keine begründete Einwendung erhoben werden kann.

Ein weiterer Einwurf könnte bezüglich der Einbeziehung des Kapitals von 200,000 fl. B. Z. = 50,000 fl. CM. erhoben werden, da dessen Abschreibung von Seite der Regierung bereits verfügt worden ist. Allein diese erfolgte nur deshalb, weil durch die Uebernahme der krainischen Schuld, unter welche auch jene 50,000 fl. gehörten, Gläubiger und Schuldner in einer Person, jener des Arars, zusammentrafen und sogleich eine Consolidation erfolgte, welche aber die Thatsache der faktisch erfolgten Uebernahme jenes Schuldbetrages nicht aufhebt.

Bedenkt man nun noch weiter, daß der Staat im Jahre 1827 außerdem einen Betrag von 50,700 fl. an rückständigen Zinsen der Domesticalschuld, einen Betrag von 41,310 fl. an Zinsrückständen des Ararialdarlehens vom 23. Mai 1808 übernommen, ferner Ausgaben im Betrage von 6484 fl. 26½ kr. aus dem ständischen Budget ausgeschieden und auf verschiedene Fonds überwiesen hatte; erwägt man endlich, daß schon früher die ständische Ararialschuld Krains im Betrage von 5,223,436 fl. 59½ kr. vom Staate übernommen und in die Verlosung einbezogen worden war, so erscheint von diesem Gesichtspunkte aus allein schon das Vorgehen der Regierung selbst insoweit es sich um das Weindazäquivalent handelt, gerechtfertigt und vom Rechtsstandpunkte der Anspruch des Landes auf eine weitere Entschädigung nicht bearrundet.

Allein ich verschließe mich andererseits auch nicht den Billigkeitsrückichten, welche der Regierung die Möglichkeit an die Hand geben, in dieser Beziehung noch weiter zu gehen, als sie bereits gegangen ist. Ich verkenne nicht, daß das Land mit dem Einkommen aus seinem Vermögen und mit der ihm bisher jährlich gewährten Dotation eben nur seine dringendsten Bedürfnisse bestreiten und für die Entwicklung seiner ökonomischen Verhältnisse, für die Anlage von Humanitäts-Anstalten u. s. w. weniger aufwenden konnte, als es vielleicht hätte aufwenden können, wenn ihm statt der Dotation das Weindazäquivalent als Einnahmequelle belassen worden wäre.

Von diesen Rückichten geleitet, beehre ich mich dem löblichen Landesauschusse als Gegenvorschlag zu seinen Vergleichsanträgen, die unter allen Umständen als unannehmbar bezeichnet werden müssen, beiliegend den Entwurf eines Vergleiches zu übermitteln, rückichtlich dessen ich mir, falls der löbliche Landesauschuss die Zustimmung des Landtages zur Annahme desselben erwirken sollte, die allerhöchste Genehmigung zur Einbringung einer darauf bezüglichen Vorlage an den Reichsrath zu erbitten keinen Anstand nehme.

Ich habe bei der Redigirung dieses Vergleichsentwurfes jenen Betrag zu Grunde gelegt, der dem Lande

zugelassen wäre, wenn man ihm, statt es mit einer jährlichen Dotation zu betheilen, den Bezug des Weindazäquivalents belassen hätte, und der sich nach Abzug der von demselben entfallenden Steuer für die Zeit vom J. 1827 bis Ende 1868 mit 737,372 fl. 61 kr. 8 W. herstellt. Bringt man hiervon die Summe der dem Lande bis Ende 1868 gewährten Dotationen mit

455,822 fl. 40 kr.

in Abschlag so ergibt sich ein Rest von 281,550 fl. 21 kr. welcher allenfalls als ein dem Lande entgangener Gewinn angesehen werden könnte und, zu 5% gerechnet, demselben eine Rente von 14,077 fl. 50 kr. jährlich abwerfen würde. Hierzu käme, wenn man dem Lande den Bezug des Weindazäquivalents auch für die Zukunft belasse, eine weitere fixe reine Rente von 14,929 fl. 83 kr.

wornach sich dann der jährliche reine Bezug auf 28,907 fl. 33 kr. stellt, welchem Betrage ein Capital von 688,174 fl. in neuen 5% Schuldtiteln der einheitlichen Staatsschuld mit einer reinen Rente von 4½% entspricht.

In dem Vergleichs-Entwurfe erscheint dieser Betrag auf 700,000 fl. erhöht, und damit dem Lande eine jährliche Rente von 29,400 fl. gesichert.

In demselben erklärt sich der Staat noch weiter bereit, auf die vom Landesauschusse selbst in seinem Vergleichsantrage als Compensationsobjekte bezeichneten Forderungen

- 1) 24,000 fl. für Landwehrausrüstungen,
- 2) 251,000 fl. für Requisitionen und
- 3) 133,000 fl. aus Anlaß der den Bezirksklassen geleisteten Vorschüsse, welche von den Staatsrechnungsbehörden bisher in einem Betrage von 408,000 fl. ermittelte worden sind, zu verzichten; jedoch hätte ihm das beiläufig 67,000 fl. betragende Vermögen des Requisitionsfondes, welches bei jener Liquidirung bereits in Abschlag gebracht worden ist, anheimzufallen.

Ich glaube, daß hiedurch allen Billigkeitsrückichten, die das Land beanspruchen kann, die weitgehendste Rechnung getragen ist, und gebe mich der Hoffnung hin, daß der löbliche Landesauschuss von seinem Standpunkte nicht anstehen werde, den Landtag zur Annahme der gedachten Vergleichspropositionen zu bestimmen.

Wien, am 23. September 1868.

Brestel m. p.

### Bismarck's letzte Rede.

Der Pariser Correspondent von „Warrens' Wochen-schrift“ schreibt: Von allen großen politischen Reden, die Graf Bismarck bis jetzt gehalten, ist diejenige, welche er anlässlich der Beschlagnahme der welfischen und kurhessischen Güter improvisirte, dem Tone nach die stärkste, dem Inhalte nach die schwächste. Er behandelt die despossedirten Fürsten quasi als Rebellen; das sind sie aber nicht, so wie Preußen kein anderes Recht als das der Eroberung rückichtlich der annectirten Länder geltend machen kann. Das Eroberungsrecht ist ein sehr zweifelhaftes Recht, wir möchten sagen ein internationales Standrecht. Man muß es sich gefallen lassen, wenn man nicht anders kann; aber kein Völkerrechtslehrer wird unterjochten Völkern und vertriebenen Fürsten das Recht abzuspreden wagen, bei gelegener Zeit das fremde Joch zu zerbrechen. Wir Oesterreicher haben insbesondere ein Recht zu dieser Auffassung; denn wir haben Ungarn gegenüber die Verwirklichungstheorie fallen lassen, ungeachtet wir es im Jahre 1849 militärisch bezwangen. Die gewalthätige Eroberung ist das Factum, worauf die gewalthätige Theorie der Verwirklichung gepflanzt wird.

König Georg und der Kurfürst seien "all ihrer Rechte verlustig, weil ihnen dieselben von Preußen genommen wurden — diese Schlussfolgerung ist allerdings so außerordentlich, so haarsträubend, daß Graf Bismarck sehr wohl that, von vornherein auf juristische Begründungen zu verzichten. Aber noch halsbrecherischer ist der folgende logische salto mortale: Weil die beiden Fürsten die ihnen entrissenen Kronen reclamiren, muß man ihr Privatvermögen confisciren und es zu Polizeizwecken verwenden.

In den Augen der preussischen Regierung ist König Georg derzeit ein simpler, auswärtig domicilirender

Hannoveraner, der Kurfürst ein Kurhelfer, wie jeder andere; nun verbietet aber das preussische Recht selbst wenn erklärter Hochverrath vorliegt, Veräußerungsconfiscation ohne vorhergehendes Urtheil, und selbst nach gefälligem, rechtskräftigem Urtheile kann nur von Schadenersatz die Rede sein, soweit ein Schaden nachgewiesen werden kann. Aber Graf Bismarck hat Recht; juristische Bedenken sind seine Sache nicht. Wollte er sich erinnern, daß er irgendwo an einer deutschen Universität jemals ein Rechtscollegium gehört, so müßte er vor der Kühnheit seiner Behauptungen selbst stutzen.

In welcher Eigenschaft stellt er sich nun eigentlich die depodirten Fürsten vor? Als legitime, kriegsführende Mächte, die freilich ohne Heer und Geld ihren Widerstand nur noch im Principe fortsetzen? Bewahre — denn schwebte dem norddeutschen Bundeskanzler diese Auffassung vor, so müßte er nach den Regeln des Völkerrechts das Privatvermögen seiner Gegner schonen. Er betrachtet sie einfach als außerhalb des gemeinen und öffentlichen Rechtes stehende Uebelthäter, als eine Art Sceräuber, und um seinen Gedanken vollen Ausdruck zu geben, nennt er sie schlechweg „Reptile.“ Dieses Wort hat geiznet; es gibt außerhalb der national-liberalen Sphäre kaum ein anständiges Blatt in Europa, welches diese Art, gefallene Größen mit Füßen zu treten, nicht cynisch gefunden hätte.

Vor uns liegt die „Patrie“, ein Blatt, welches in dem Rufe steht, die Gedanken der französischen Regierung ziemlich genau zu kennen und den Verursacher, einen Theil derselben wider zu geben.

Die „Patrie“ constatirt nun allerdings, daß sie den Uebereifer einiger Journale, welche in den Bismarck'schen Reden gegen Frankreich gerichtete Provocationen und Beleidigungen zu finden glaubten, nicht gut heißen könne; Frankreich selbst sei darin mit keinem Worte erwähnt, auch nicht mittelbar angegriffen. Aber nach diesem Geständnisse geht das Blatt auf den Inhalt der Rede ein und vernichtet dieselbe mit einem Aplomb von Ironie und guter Laune, die frei ist von jeder Gehässigkeit, welche aus gereizter Stimmung zu entspringen pflegt.

Dieser objectiv Standpunkt ist auch der unserer; wir fühlen keinen Verursacher, die Sache der entthronten Fürsten zu der unserer zu machen. Wir denken nicht daran gegen den Bestand des norddeutschen Bundes zu agitiren, den Oesterreich durch den Prager Frieden anerkannte. Aber des Rechtes der unbefangenen Kritik können, dürfen wir uns nicht begeben, und wenn es bedauerlicherweise in Preußen nicht mehr erlaubt ist, die absolute Unantastbarkeit des Privateigenthums mit guten Gründen zu verteidigen, so kann dies im Rechtsstaate Oesterreich unmöglich anstößig erscheinen.

Sage Graf Bismarck was er will, — die Frage, um die es sich handelt, dünkt uns gerade eine eminent preussische, während wir ihr politisches Gewicht gar nicht hoch anschlagen können.

Stellen wir uns einander auf den specifisch preussischen Standpunkt. Preußen will die Erhaltung des Friedens, der ihm so großen Gewinn gebracht. Gut! Hat dieser Friede feste, gesicherte Grundlagen und bietet die Politik Preußens keinen Anstoß, der ihn gefährden könnte: werden die heftigsten Agitationen welfische und heftigen Ursprungs ihn zu erschüttern vermögen? Nimmermehr. Die in Frankreich relegirte Legion könnte nicht 1200, sondern sogar 12000 Mann stark sein, und Europa würde nicht einmal zucken. Der Kurfürst könnte nicht ein Buch, sondern ganze Bibliotheken von Protesten verschicken, und Graf Bismarck dürfte den nächsten Sommer so ruhig in Varzin zubringen wie den letzten. Wären die großen Cabinete Europas wirklich so leichtfertig und unerschrocken, sich von zwei unglücklichen verarmten Fürsten, ihren Interessen zuwider, in den Krieg hineinziehen zu lassen? Wo schöpft Graf Bismarck die Berechtigung; von der Diplomatie der außerpreussischen Welt so überaus geringschätzig zu denken?

Es heißt in der Rede: Die Kriegsgefahr habe wirklich bestanden, und nur der Ministerwechsel in Bukarest habe die gespannte Situation erleichtert. Wie so? Wenn Bratiano und Consorten die Fahne der Revolution erhoben und Oesterreich oder die Pforte oder beide Mächte freventlich angegriffen hätten, wären die Angegriffenen nicht stark genug gewesen, dem Unfuge an der untern Donau ein Ende zu machen? Und welche andere Macht hätte sich nur mit einem Anscheine von Berechtigung darein mengen können, ohne das Gewissen der ganzen gebildeten Welt zu empören?

Ueberhaupt, bei jeder Gelegenheit legt der Bundeskanzler ein Gewicht, darauf anzudeuten, der Weltfriede sei bedroht gewesen. Vor etlichen Wochen spielte er diesbezüglich auf das „unerwartete Ereigniß“ in Spanien an. Diese Anspielung mag ihn seither genirt haben. Denn wenn die Vorgänge auf der pyrenäischen Halbinsel den Krieg verhinderten, so konnte dieser Krieg unmöglich orientalischen Interessen gelten. Also heute Krieg da, morgen Krieg dort! Dieses beständige Hin- und Herwechseln des Kriegespiegels an die Wand erscheint uns gelinde gesagt, sehr undiplomatisch, es wird damit ein ungeheures, gefährliches Argument in Bewegung gesetzt, um verhältnißmäßig geringfügige Vermögensconfiscationen zu begründen. Bis jetzt war man gewohnt, den Gesammtausdruck der europäischen Börsen für den Kriegs-

und Friedenthermometer zu halten. Herr von Bismarck belehrt uns eines besseren; maßgebend ist hiefür, ob das Gesicht des Kurfürsten sich erheitert oder in Falten liegt.

Es scheint uns bei alledem, daß die Rede eine gewisse Kriegsbesorgnis athmet, die sie jedoch näher zu bezeichnen wohlweislich unterläßt. Die noch ungelösten Fragen scheinen belämmend auf den illustren Redner gewirkt zu haben. Die nord-schleswigsche Frage, jene der Garnison von Mainz und die der Constituirung Süddeutschlands sind auch nicht aus der Welt geschafft, sind immer noch nicht im Einklange mit den Bestimmungen des Prager Friedensinstrumentes erledigt. Das ist's, was den Premier Preußens nervös erregt macht, das ist's, was man namentlich in Paris aus seiner großen Rede herausgelesen, das ist's, worüber man in Paris ein gewisses stilles Behagen bis auf Weiteres empfindet, während man sich in Wien mit gutem Grunde verstimmt fühlt, weil man dort die Erhaltung des Friedens mindestens so aufrichtig will und braucht, wie Preußen.

Müssen wir nicht demgemäß wünschen, daß jene leidigen Fragen, welche der ungestörten Fortdauer des Friedens bei Weitem gefährlicher sind, als welfische und kurhessische Belleitaten, endlich gelöst werden? Eine solche Lösung muß Preußen selbst beantragen, — das hat ein preussisches Blatt, die „Königliche Ztg.“, bei jedem sich darbietenden Anlasse betont. Ergreift Preußen die Initiative in dieser Richtung, so wird es damit dem Weltfrieden zuverlässigere Bürgschaften verleihen, als durch die Versicherung, daß es den Frieden wolle, weil er ihm manche Güter in den Schoß geworfen, die ihm von Rechtswegen denn doch nicht ganz gehören. Die größte Staatsklugheit Preußens wird fortan seine Mäßigung sein.

### Eine neue Karte von Europa.

Der „International“ macht seit jeher in Sensationsnachrichten. In seiner jüngsten Nummer veröffentlicht er in einem stümperhaft ausgeführten Holzschnitte eine nach den Intentionen des Grafen Bismarck entworfene neue Karte von Europa. Wenn es auch immerhin etwas schwer fallen dürfte, dem Grafen Bismarck die Autorschaft dieses unsinnigen Werkes nachzuweisen, kann man doch andererseits annehmen, daß dasselbe nicht ohne einen politischen Hintergedanken der Deffentlichkeit übergeben wurde.

Im Westen erhält Frankreich von Preußen seine „natürliche“ Rheingrenze Mainz, Köln, Trier, Saarlouis mit seinem „größten Bürger“ Rey. Im Osten bringt Preußen das „intelligente Opfer“ eines großen Theils der Provinz Westpreußen und ganz Ostpreußen an Rußland; Preußen wird in folgender Art vergrößert. Dasselbe enthält den ganzen jetzigen norddeutschen Bund, ferner Baden, Württemberg, ganz Hessen-Darmstadt, Baiern und — Böhmen. Von Holland ist nichts zu Preußen annektirt, hingegen werden die Grenzen gegen die Schweiz und gegen Jütland offen gelassen — so was man in Musikstücken mit „ad libitum“ zu bezeichnen pflegt.

Die österreichisch-ungarische Monarchie — in der Karte „Empire danubien“ genannt — überläßt Böhmen an Preußen, dagegen behält sie Galizien und erhält von Preußen Charte blanche, Rumänien zu occupiren; sie erhält den Namen — „Donareich.“

Der „International“ sieht in dieser Karte folgendes: 1. Den Wunsch, die gegen Preußen sich gegenwärtig bildende Coalition zu sprengen. 2. Das Mittel, die Absorption Deutschlands zu vollenden. 3. Die Annexion Böhmens, um an dieser natürlichen Festung eine Basis für weitere Operationen zu gewinnen. Der „International“ weist den Frankreich zugewiesenen Theil Hollands mit Entrüstung als ein Danaergeschenk zurück und meint, daß, wenn, wie er glaubt, Preußen einmal Holland erobern wollte, Frankreich zur Vertheidigung dieses braven Volkes die Waffen ergreifen würde. Ebenso besteht sich der „International“, den Argwohn der Schweiz gegen Preußen zu erwecken und behauptet, Preußen hätte in Paris die Theilung der helvetischen Republik nach Nationalitäten vorgeschlagen, sei jedoch damit zurückgewiesen worden. Es ist noch zu bemerken, daß der „International“ dem Grafen Bismarck die Absicht zuschreibt, im zukünftigen Deutschland ein feudales-föderatives System zu errichten; die Städte Hannover und Posen, Stuttgart, München, Prag und Dresden werden als Hauptstädte von Vicereichen bezeichnet, welche Preußen mehreren depodirten Dynastien, unter anderen auch der welfischen, gleichsam als Entschädigung verleihen würde.

### Vom cretischen Aufstand.

Aus Kreta vom 30. Jänner vorliegende Berichte bestätigen wiederholt und mit vieler Ausführlichkeit die definitive und vollständige Beendigung des Aufstandes. Die in die Enge getriebenen Freischärler capitulirten und sind ihrem eigenen Verlangen gemäß auch schon größtentheils in ihre Heimat zurückgeführt worden. Die einheimischen Insurgenten haben sich ebenfalls größtentheils unterworfen und auch von ihren Häuptern hoben sich mehrere zur Entfernung von der Insel entschlossen, um deren Interessen sie sich, wie ein Correspondent des

„Off. Triest.“ wohl mit Recht bemerkt, nicht sehr verdient gemacht haben. Sowohl die Einschiffung der Insurgenten auf Kreta am Bord des französischen Dampfers „Phocéen“, als deren Ausschiffung auf Syra ist ohne irgendwelche Ruhestörung vor sich gegangen. Der „Phocéen“ wurde von einem türkischen Kriegsdampfer escortirt. Die Verpflegung der Transportirten, denen Waffen und Gepäcke am Ausschiffungsorte zurückgegeben wurden, erfolgte auf Kosten der türkischen Regierung. Man berechnet, daß während der Dauer des Aufstandes nicht weniger als 3000 Freischärler theils den im Kampfe erhaltenen Wunden, theils den Strapazen und der Kaughigkeit des Wetters erlegen sind. Von Soldaten selbst sind nicht weniger als 10.000 Menschen in Folge des Aufstandes zu Grunde gegangen, darunter eine große Anzahl Weiber und Kinder in noch zartem Alter.

### Tagesneuigkeiten.

— („Soll und Haben.“) Von dieser praktischen Anleitung für Geschäftsleute aus dem Verlage von A. v. Waldheim in Wien liegt das 4. Heft vor, welches die Verbuchung eines dreimonatlichen Geschäftsganges in den drei kaufmännischen Hauptbüchern enthält. Wir können dieses praktische und dabei äußerst billige Werk Geschäftsleuten bestens empfehlen.

— (Hausereinstürze.) In Prag ist ein vier Stockwerke hohes neugebautes Haus eingestürzt, ohne jedoch Jemanden zu beschädigen. Ein Maurergeselle und seine Gattin, welche sich im Hause befanden, wurden unversehrt aus dem Schutte gerettet. — Auch in Pest hat ein Häuseresturz stattgefunden. Am 5. d. M. Abends sind nämlich die Gerüste und die Wölbungen des neuerbauten, prachtvollen Hauses eines Herrn Rubinsto am Franz-Josephsplatz eingestürzt. Glücklicherweise war keiner von den Arbeitern mehr im Hause. Nur die beiden Wächter erlitten Beschädigungen, doch sind diese nicht gefährlich.

— (Aus Rom) liegen Nachrichten vom 2. d. M. vor, welche das in den letzten Tagen verbreitete irrige Gerücht vom dem Ableben des Papstes erklären. Man schreibt nämlich, daß die außerordentliche Kälte, welche die ewige Stadt heimgesucht, unter anderen Sterblichen auch Se. Heiligkeit gezwungen habe, mehrere Stunden des Tages das Bett zu hüten. Sein Zustand scheint aber bedenklicher als ein gewöhnliches Zittern vor dem Froste gewesen zu sein, da eigens sein Leibarzt von Fano herbeigerufen wurde. Dieser rieth ihm auch ab, den militärischen Übungen, für welche sein Besuch angefragt war, vor der Porta San Paolo persönlich beizuwohnen.

### Locales.

— (Commercielles.) Der hiesigen Handels- und Gewerbekammer ist nachstehende Mittheilung des Handelsministeriums zugekommen:

„Laut eines im Wege des k. k. Ministeriums des Neußern hiehergelangten Berichtes des k. k. Consuls in Tanger, Dr. Schmid, vom 19. Jänner 1869, hat die Regierung von Marocco die Ausfuhr von Korholz aus den Häfen von Marocco für 6 Monate, endend mit dem 13. Juli 1869, gegen Entrichtung eines Ausfuhrzolles von 12 Realen gleich Frs. 3.15 per Cantara gestattet.“

Die Kammer wird hievon behufs geeigneter Verstärkung jener Kaufleute und Fabricanten ihres Kammerbezirktes, welche etwa geneigt sein sollten, von der hiedurch eröffneten Bezugsquelle Gebrauch zu machen, mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt, daß der genannte k. k. Consul die Absicht ausgesprochen hat, mit dem nächsten von Gibraltar nach Triest fahrenden Dampfer an die verschiedenen Handels- und Gewerbekammern Muster dieses Artikels zu übersenden.

Wien am 1. Februar 1869

für den Minister  
Pretis m. p.“

— (Eisenbahn Laibach-Tarvis.) Die „N. Z. B.“ schreibt: Wie wir hören, bewirbt sich die Kronprinz-Rudolfsbahn um die Concession für die vom Reichsrathe bereits im Vorjahre votirte Linie Laibach-Tarvis. Die Bahnlinie 13,8 Meilen lang. Ehedem beantraten sich die Bau-Unternehmer Gebrüder Klein im Vereine mit der Creditanstalt um die betreffende Concession, scheinen aber seither von der Bewerbung zurückgetreten zu sein, und die Südbahn hat von dem ihr zustehenden Vorrecht auf diese Concession keinen Gebrauch gemacht. Das slovenische Eisenbahn-Comité unter Dr. Loman scheint die Bewerbung der Rudolfsbahn zu unterstützen.

— (Gesellschaft der Aerzte.) Nächsten Samstag, d. i. am 13. d. M., findet die ob unvorbergschener Hindernisse vertagte wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach in dessen Majestät um halb 6 Uhr Abends statt, und zwar mit dem nämlichen Programm.

— (Die Soirée) beim „Elefanten“ findet erst heute Abend statt; die gestrige Meloung beruhte auf einem Irrthum.

— (Theater.) Die gestrige Vorstellung von „Till Eulenspiegel“ war von dem kleinen Publicum des Festungsdienstags sehr stark besucht und dasselbe wurde durch das vortreffliche Spiel des Herrn Moser in der Titelrolle und durch die zwerchfellerschütternde Komik des Herrn Müller als „Nagel“ fortwährend in animirtester Stimmung erhalten. Heute ist die Bühne geschlossen. Für die Samstagvorstellung: „Großherzogin“

von Gerolstein" werden große Vorbereitungen getroffen. Herr Director Böllner hat ein außerordentliches Personale von 30 Personen engagirt.

(Die gestrige Liedertafel) war außerordentlich überfüllt. Die Chöre wurden mit großer Präcision gesungen, den durchschlagendsten Erfolg hatten Strauß' „Donauwalzer.“ Um 10 Uhr wurde der Salon geräumt und man gab sich dem animirtesten Tanzvergnügen hin.

(Ueberfahren.) Der gestrige Nachmittag lockte eine große Menschenmenge, welche sich des schönen Wetters freute und theilweise mit Hoffnungen auf ein Corsovergnügen teug, in die Sternallee und vor das Casino. In Folge dessen war auch in den Nebengassen die Circulation sehr stark und es wurde in der Giesentengasse ein Eisenbahnwagen von einem Privatwagen dessen Pferd durch die Menschenmenge schwer geworden, überfahren, und erlitt einige nicht gefährliche Verletzungen am Kopfe und an der Hand.

Neueste Post.

Wien, 8. Februar. Heute ist dem n. ö. Landmarschall Freiherrn v. Pratobevera eine von 27 Landtagsabgeordneten unterfertigte Adresse an ihre in den Reichsrath Abgeordneten Kollegen wegen Einwirkung auf die verfassungsmäßige Behandlung des vom n. ö. Landtage gefaßten Beschlusses auf Einführung directer Reichsrathswahlen überreicht worden.

Wien, 8. Februar. Die „Presse“ schreibt: Von verschiedenen Seiten wird uns die wichtige Nachricht, daß in Athen die Bildung des Ministeriums Zaimis gelungen sei, gemeldet. Hiemit wäre die Annahme der Konferenz-Declaration seitens der griechischen Regierung gesichert. Zaimis, ein hervorragendes Mitglied der kleinen conservativen Partei in der griechischen Kammer, gilt als ein sehr geschickter Administrator. Als England die jonischen Inseln an Griechenland abtrat, war es Zaimis, welcher die Uebernahmgeschäfte leitete. In der neuen Combination ist wieder ein Delhannis Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Er ist ein Vetter des bisherigen Inhabers dieses Portefeuilles und des Gesandten in Constantinopel, war schon unter König Otto Minister, dann Gesandter in Paris. Er gilt als sehr befähigt; von den großgriechischen Tendenzen hat er sich stets fern gehalten.

Das „Fremden-Blatt“ schreibt: In Folge der ungünstigen Lage in Westlezka, da die Rettungsarbeiten im Kroski Schlags eingestellt werden mußten, hat der Finanzminister Dr. Brestel, der diese Angelegenheit mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, mehrere hervorragende Bergbau-Capacitäten nach Wien berufen (unter andern den Oberberggrath vom Montanwerke in Rosenberg), mit denen derselbe täglich Verhandlungen pflegt. Der genannte Oberberggrath hat ein neues Project zur Bewältigung des Wassers ausgearbeitet und dem Minister überreicht. Ueberdies hören wir, Baron Hingenau hege noch immer Hoffnung, daß das Wasser werde bewältigt werden können.

Krakau, 8. Februar. (Pr.) Der „Gaz“ meldet, daß der Verfassungsausschuß nächsten Montag Bericht erstatten werde in der Resolutions-Frage. Der Polenclub beruft für Montag alle polnischen Reichsraths-Deputirten nach Wien.

Pest, 8. Februar. (N. W. Tgbl.) Im kleinen Verhandlungsjaale des hiesigen Stadtgerichtes hat heute die Schlußverhandlung gegen den Exfürsten von Serbien, Alexander Karageorgiewics und dessen Secretär Trifovics, sowie gegen den Vorstenviehändler Stankovics wegen Mitschuld an der Ermordung des Fürsten Michael von Serbien begonnen. Nachdem die Angeklagten ihr Rationales angegeben hatten, beidigen die Zeugen ihre in der Voruntersuchung abgegebenen Aussagen. Sammtliche Angeklagte betheuern ihre Unschuld; ihr Hauptargument ist, daß sie die Möglichkeit zur Flucht gehabt hätten und dennoch geblieben wären. Trifovics sagt, er habe die Waffen aus Gefälligkeit für seine Landsleute gekauft. Stankovics ist verdächtig, am Tage

des Attentates in Belgrad gewesen zu sein; dagegen sagt der Zeuge Maljich aus, daß Stankovics mit ihm das allererste Telegramm von dem Attentate im Hotel „zum weißen Schiff“ zu Pest beim Kaffee gelesen habe. Der Zeuge Ostvich will Stankovics zwei Tage vor und zwei Tage nach der That in Steinbruch nächst Pest in Geschäftsangelegenheiten gesprochen haben. Die Aussagen des als Zeugen vernommenen Mitredacteurs des „Napredak“ sind gegen den Exfürsten erschwerend. Während dessen Aussagen erhebt Trifovics wiederholt Widersprüche.

Agram, 8. Februar. (Deb.) Die hiesige Stadtvertretung verlich dem Minister Andrassy, Franz Deak und Feldzeugmeister Baron Gablenz einstimmig das Ehrenbürgerrecht.

Triest, 8. Februar. Der bei Daila in Istrien aufgefahrene und verspätet angekommene Lloydampfer „Jupiter“ brachte die ostindisch-chinesische Ueberlandspost mit Nachrichten aus Bombay, 16. Jänner, Singapore, 5. Jänner und Hongkong, 31. December. — Der vertriebene Sultan von Muscat steht im Begriffe, in Abbas eine Expedition gegen Muscat auszurüsten. — Hatodade wurde von der Flotte des Mikado eingenommen. Alle nördlichen Daimios unterwarfen sich dem Mikado, dessen Regierung den fremden Behörden die Herstellung des Friedens mittheilte. — Zwischen der japanesischen und der russischen Regierung sollen wegen des mit der Regierung des Taikun abgeschlossenen Vertrages Mißhelligkeiten entstanden sein, weshalb der Stots-Baschi eiligst nach dem Norden abging. — Die ostindische Regierung hat dem Emir von Afghanistan Geld-Subsidien und 20.000 Stück Waffen gegeben.

Paris, 9. Februar. (Triester Zeitung.) Es geht das Gerücht von der Abdankung des Königs von Griechenland. — Ein Artikel der „Patrie“ signalisirt die ernste Lage der Donaufürstenthümer, wo die Actionspartei Drohungen erhebt und man in den Schwierigkeiten den preußischen Einfluß wahrnimmt.

London, 8. Februar. (N. Fr. Pr.) Der Griechenkönig hätte, wie die Morning Post anzeigt, die Absicht, abzuwandern, angekündigt. Er habe für den Fall, daß der Widerstand fortdauere, die Vorbereitungen zu seiner Abreise anbehalten.

Telegraphische Wechselcour

vom 9. Februar. Spere. Metalliques 61.80. — Spere. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.80. — Spere. National-Ansehen 67. — 1866er Staatsanlehen 97.10 — Bankactien 688. — Creditactien 269.80. — London 121. — Silber 118.50. — R. f. Ducaten 5.69 1/2.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Die österreichische Deute in Amsterdam. Die phlegmatischen Holländer, die ein schönes Theil unserer Metalliques besitzen, sind anfangs über die Convertirung der Staatsschuld sehr aufgebracht gewesen; aber nicht bloß von wegen den Zinsen, die sie bei dem Geschäft einbüßen, sondern auch der Störungen und Angelegenheiten halber, die ihnen das Umtauschen von Effecten, wie sie fürchteten, verursachen werde. Der österreichische Finanzminister hat es unseren braven Holländern jedoch bequem gemacht. Kürzlich sind nämlich die ersten Stücke zum Umtausche nach Amsterdam gekommen. Dieselben wurden in Amsterdam mit Sehnsucht erwartet, und wie ein Telegramm meldet, mit Jubel aufgenommen. Die Holländer sind ordentlich entzückt von dem neuen Papiere, dessen Umtausch ihnen so bequem gemacht wurde, und tauschen daselbe auch eifrig um. Dieser lobenswerthe Eifer unserer praktischen holländischen Kundschaft ist nicht ohne Werth für uns; denn dieselben Leute, die jetzt so eifrig hintendrin sind, um ihre alten Titel gegen neue umzutauschen, werden nun, wo die neuen Stücke in Verkehr gelangt sind, ihre Ersparnisse, die jährlich ein rundes Stämmchen ausmachen, wieder den österreichischen Papieren zuwenden, und glauben wir kaum fehl zu greifen, wenn wir annehmen, daß das Geschäft in Staatspapieren erst jetzt, wo die Holländer mit dem Umtausche begonnen, sich lebhafter gestalten wird.

Grazzer Bankfalle. Die Nationalbank hat die Dotacion der Filiale in Graz namhaft erhöht, und zwar für das Escomptegeschäft, für welches bisher 1,300,000 fl. bestimmt waren, um 500,000 fl. Die Dotacion für die steiermärkische Escomptebank mit 700,000 fl. ist darin nicht eingegriffen. Ebenso wurde der Fond für das Leihgeschäft von 1,500,000 fl. um 500,000 fl., somit auf die Summe von 2,000,000 fl. erhöht.

Krainburg, 8. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 70 Wagen mit Getreide und 20 Wagen mit Holz, 86 Stück Schweine (13—19 kr. pr. Pfd.), 18 Wagen mit Speck.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price (fl. kr.), Item, Price (fl. kr.). Includes items like Weizen pr. Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbsfrucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Fisoln, Rindschmalz pr. Pfd., Schweineschmalz, Speck, frisch, Speck, geräuchert, Pfd., Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpffenfleisch, Hähnel pr. Stück, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, hartes, pr. Rst., weiches, Wein, rother, pr. Eimer, weisser.

Mudolfswerth, 8. Februar. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, Price (fl. kr.), Item, Price (fl. kr.). Includes items like Weizen per Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbsfrucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Fisoln, Rindschmalz pr. Pfd., Schweineschmalz, Speck, frisch, Speck, geräuchert, Pfd., Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpffenfleisch, Hähnel pr. Stück, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, hartes, pr. Rst., weiches, Wein, rother, pr. Eimer, weisser.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 00 R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Pariser Linien. Includes data for 6 U. M., 9. 2., 10. Ab.

Advertisement for 'großer Haringsschmaus' at 'Hotel Elefant' on Tuesday, Feb 10. Includes 'Abends SOIRÉE' and 'Regiments-Musikcapelle Graf Huny Nr. 79. Anfang halb 8 Uhr. — Entré 10 kr.'

Advertisement for 'großer Haringsschmaus' at 'Leopoldsrube' on Wednesday. Includes 'verbunden mit einer musikalischen Unterhaltung' and 'Anfang 4 Uhr. Entrée 15 kr.'

Börsenbericht. Wien, 8. Februar. Die steigende Tendenz beherrschte den Effectenmarkt und alle Papiere fanden zur schlossen ziemlich unverändert. Geld milder flüssig.

Large financial table with columns for 'Allgemeine Staatsschuld', 'Grundentlastungs-Obligationen', 'Aktien (pr. Stück)', 'Wechsel (3 Mon.)', 'Cours der Geldsorten', and 'Börsenbericht'. Includes various interest rates and exchange rates.